

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit der Abstimmung im Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2024 hat der bisherige Bundeskanzler Olaf Scholz den Weg frei gemacht für Neuwahlen am 23. Februar 2025. Planmäßig hätte die nächste Bundestagswahl erst am 28. September 2025 stattgefunden. Im Unterschied zur letzten Bundestagswahl wird ein „kleinerer“ Bundestag gewählt – durch den Wegfall von Überhang- und Ausgleichmandate wird der 21. Bundestag nur noch 630 Sitze haben – momentan sind es 736.

Ob Februar oder September – die Wahlen finden in einer angespannten Situation statt. Das zeigt bereits der Ausgangspunkt für die Neuwahl: das Scheitern der „Drei-Parteien-Koalition“ aus Grünen, FDP und SPD. Koalitionen sind immer Bündnisse auf Zeit – was sich in den letzten 3 Jahren alles ereignet hat, konnte kein Koalitionsvertrag und keine noch so gut gemeinte Erklärung vorhersehen, geschweige denn dafür Lösungen verabreden.

Abgesehen von den internationalen Konflikten vor unserer Haustür stehen wir vor Herausforderungen die dringend im Interesse der Zukunftssicherung und des Erhalts unseres Lebensstandards Lösungen benötigen. Es vergeht nahezu kein Tag, an dem nicht Sperrungen maroder Brücken (bisweilen erst nach dem Einsturz), Bahnstrecken oder Schließungen von öffentlichen Einrichtungen wegen Risiken beim Weiterbetrieb erfolgen. Mehr als 16 Jahre wurden öffentliche Investitionen zurückgefahren – die Privatisierungen hatten die Ertragserwartungen der neuen Besitzer zu erfüllen, nachhaltige Instandhaltung oder zukunftsgerichtete Investitionen wurden vernachlässigt. Gleiches gilt für Schulen und Bildung – der demografische Wandel und Rückgang der aktiven Bevölkerung sind seit Langem bekannt. Die Zunahme der Konkurrenz um die klügsten Köpfe findet längst weltweit statt.

Neue Technologien mit dem Ziel des Erhalts der Spitzenleistungen des Industriestandorts Deutschland angesichts von Klimawandel und Ausstieg aus fossilen (und begrenzten) Energieträgern sind dringend notwendig. Förderung von Wissenschaft und Forschung ist dafür unabdingbar.

Ein guter Teil dieser Fragen und geerbten Probleme war im Koalitionsvertrag der Drei-Parteien-Koalition als Aufgabe gemeinsamer Politik beschrieben – ein ganzes Paket kam durch den Gang der „Weltgeschichte“ hinzu. Etwa die Kosten für die Ausrüstung der Bundeswehr und Unterstützung der Ukraine. Aber auch Unterstützung für energieintensive Unternehmen bei der Umstellung auf neue Energieträger, für die Sicherung der Gasversorgung, Wasserstoffnetzentwicklung und vieles mehr. Das zeitgleich eine alternde Gesellschaft mehr Geld für Renten und die Versorgung einer größeren Zahl älterer Menschen aufbringen muss, ebenso.

Das dies alles mit Kosten verbunden ist und nicht aus dem „normalen“ Haushalt zu schaffen ist, war für den Koalitionsvertrag nicht vorhersehbar. Die Details der daraus herrührenden Probleme sind allgemein bekannt, ebenso dass es dazu Belastungen für die gesamte Gesellschaft geben wird. Die Einhaltung der Schuldenbremse bei gleichzeitiger maximaler Schonung der eigenen (kleinen) Klientel verstellt den Blick auf die Zukunft und genau dies hat zur (überfälligen) Entlassung des Finanzministers am 6. November geführt. Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik beträgt aktuell 0,37 % des Bruttoinlandsprodukts, die von Frankreich unter einer konservativen Regierung 30 %. Eine höhere, zeitlich befristete Verschuldung zum Zweck der Investition in Modernisierung der Gesellschaft und nicht in konsumtive Ausgaben haben viele andere EU-Länder übrigens erfolgreich gemeistert. Dies sollte auch bei uns gelingen können.

Was steht uns bevor?

Die Kandidaten sind bei den meisten Parteien, die in den Bundestag wollen, aufgestellt. Programme sind beschlossen und Plakate und Wahlkampfmaterial in Produktion.

Für die SPD ist im Wahlkreis 207 der bisherige Amtsinhaber und bei der letzten Wahl direkt gewählte Abgeordnete Christian Schreider von den Parteigremien wieder vorgeschlagen worden.

Christian hat sich in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode hauptsächlich um Verkehrsfragen, Infrastruktur und die DB gekümmert. Mit Blick auf die Probleme und den Umbau der regionalen und überregionalen Infrastrukturprobleme bei allen Verkehrswegen hat er in den vergangenen Jahren als Mitglied im Ausschuss Verkehr und digitale Infrastruktur für eine wichtige Rolle gespielt.

Dies ist aber nur eines der wichtigen Anliegen der SPD. Für uns geht es auch darum zu verhindern, dass die Kosten für die Lösung der beschriebenen Herausforderungen durch massive Kürzungen im sozialen Bereich eingetrieben werden. Manche Unternehmen gehen einen solchen Weg, der nach unserer Überzeugung die Probleme nur vergrößern würde: unzufriedene Beschäftigte werden kaum Hochleistungen erbringen und qualifizierte ausländische Arbeitskräfte kaum nach Deutschland kommen. Für die SPD werden die sozialen Leistungen der Gesellschaft daher auch in den nächsten Jahren eine wesentlich Rolle spielen und dafür bitten wir um ihre Stimme.